

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Kinder,  
Jugendliche und Familien  
am Montag, dem 10.03.2025, im Großen Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 15:04 Uhr  
Ende: 17:14 Uhr**

			Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>		
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		5
2.	Bericht der Verwaltung		6
3.	Vorstellung der Patenprogramme des Sozialdienst katholischer Frauen im Kreis Warendorf e.V.	<b>011/2025</b>	<b>10</b>
4.	Kindergartenbedarfsplanung 2025/2026	<b>012/2025</b>	<b>12</b>
5.	Anerkennung von Kindertageseinrichtungen als plusKitas (§ 44 KiBiz)	<b>013/2025</b>	<b>14</b>
6.	Evaluation der Änderung der Kriterien zur Vergabe der Landesmittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz	<b>014/2025</b>	<b>15</b>
7.	Jahresbericht 2024 des Amtes für Jugend und Bildung	<b>006/2025</b>	<b>16</b>
8.	Sachstandsbericht Inanspruchnahme und Nutzungsverhalten Kinder- und Jugendförderplan	<b>015/2025</b>	<b>17</b>
9.	Sachstandsbericht Qualitätsentwicklung Suchtprävention	<b>016/2025</b>	<b>18</b>

. **II. Nichtöffentlicher Teil**

1. Vertrag mit dem Sozialdienst katholischer Frauen im Kreis Warendorf e.V. über das Patenprogramm "Patenzeit – Familienpatenschaften und mit Paten ins Leben starten" **017/2025**

**Anlagen**

- Anlage 1 Präsentation Patenprogramme 2025  
Anlage 2 Präsentation Kindergartenbedarfsplanung 2025/2026  
Anlage 3 Präsentation Evaluation Fleximittel

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>	
Aydemir, Ergül	
Blex, Klaus, Dr.	
Brinkmann, Sandra	
Brockmann, Dagmar	
Budde, Reinhard	
Claßen, Anne	
Gerkmann, Miriam	Vertretung für Herrn Heiko Sachtleber
Gerwing, Theresia	
Grap, Valeska	
Irzik, Christoph	
Kluck, Judith, Dr.	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Nienkemper, Dorothea	
Ostermann, Norbert	
Pinnekamp, Ursula	
Schmedding, Dirk	
Seidel, Ansgar, Dr.	
Strübbe, Robert	
Vöcking, Knud	
<b>von der Verwaltung</b>	
Arizzi Rusche, Anna, Dr.	
Bögge, Daniel	
Drees, Malte	
Frölich, Anke, Amtsleiterin	
Greßmeyer, Marina	
Peters, Frank	
Wiesmann, Frank	

**Es fehlten:**

Ausschussmitglieder
Bothe, Sandra
Horstmeyer, Heinz
Sachtleber, Heiko
Schaffland, Nicole
Strecker, Rita
Stricker, Guido

Frau Grap begrüßt die Anwesenden und eröffnet um 15:04 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Für die Sitzung hat sich Herr Stricker abgemeldet.

Es fehlten weiterhin Frau Bothe, Herr Horstmeyer, Herr Sachtleber, Frau Schaffland und Frau Strecker.

Herr Kraft, der zum 31.12.2024 als stimmberechtigtes Mitglied aus dem Ausschuss ausgeschieden ist, wurde verabschiedet.

Frau Grap verpflichtet Herrn Dr. Seidel, der als stimmberechtigtes Mitglied (Nachfolger von Herrn Kraft) an dem Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien teilnehmen wird.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Es bestehen keine Fragen seitens der Einwohnerinnen und Einwohner.

## 2. Bericht der Verwaltung

### Sachstandsbericht Umsetzung OGS-Rechtsanspruch

Herr Rapp, der seit dem 01.01.2025 als Jugendhilfeplaner OGS tätig ist, stellt sich kurz vor und berichtet über den aktuellen Sachstand zur Umsetzung des OGS-Rechtsanspruchs.

Mit dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) habe der Bund einen schrittweisen Ausbau des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung für Grundschul Kinder beschlossen. Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben alle Kinder ab der ersten Klassenstufe sukzessiv aufsteigend bis zum Beginn der fünften Klasse einen gesetzlichen Anspruch auf einen Ganztagsplatz. Dieser könne sowohl in offenen Ganztagschulen (OGS) als auch in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe erfüllt werden.

Für die Kommunen und Schulträger bedeute dies eine erhebliche Herausforderung: Sie müssen ausreichende Betreuungsplätze bereitstellen, die sowohl den gesetzlichen Vorgaben als auch den Bedürfnissen der Familien gerecht werden. Der Gemeinsame Erlass „Offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote im Primarbereich“ (MSB & MKJFGFI) lege zentrale Punkte für die Umsetzung des Rechtsanspruchs fest.

Der Kreis Warendorf schließe zur konkreten Umsetzung eine Kooperationsvereinbarung mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden im Zuständigkeitsgebiet des Amtes für Jugend und Bildung. Diese wird von Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Gemeinden begrüßt und wurde bereits mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern abgestimmt.

Zentrale Bestandteile der Vereinbarung sind u.a.:

- Die Städte und Gemeinden übernehmen weiterhin eigenverantwortlich Planung und Gewährleistung des Betreuungsangebots, während das Amt für Jugend und Bildung unterstützend tätig ist.
- Auch wenn die Städte und Gemeinden die Ganztagsbetreuung eigenständig umsetzen, bleibt der Kreis Warendorf rechtlich verantwortlich. Werden in Prozessen Verpflichtungen des Kreises Warendorf ausgeurteilt, stellen die Städte und Gemeinden den Kreis Warendorf hiervon frei.
- Planung und Qualitätsentwicklung werden von Kreis und Städten/Gemeinden partnerschaftlich durchgeführt.
- Die konkrete Bedarfsplanung obliegt den Städten und Gemeinden, das Amt für Jugend und Bildung wird hier unterstützend tätig.

Gemeinsames Ziel sei es, die Vereinbarung den kommunalen Gremien vor den Sommerferien zum Beschluss vorzulegen.

### Personalausfallkonzept Kita

Frau Frölich berichtet, dass es auch aufgrund des Fachkräftemangels zu Personalengpässen in Kindertageseinrichtungen komme. Ursachen hierfür seien unter ande-

rem Krankheit, Kündigungen, unbesetzte Stellen oder andere personelle Ausfälle. Das Amt für Jugend und Bildung habe gemeinsam mit der AG § 78 und unter Beteiligung des Jugendamtseleiternbeirates (JAEB) seit dem Herbst 2024 Empfehlungen erarbeitet. Diese sollen Trägern und Einrichtungen als Orientierung für den Umgang mit Personalausfällen dienen.

Durch einheitliche Rahmenbedingungen und individuelle Konzepte der einzelnen Einrichtungen solle insbesondere die Transparenz gegenüber Erziehungsberechtigten optimiert werden. Gleichzeitig solle damit die Handlungssicherheit für die Einrichtungen gestärkt werden.

Die drei zentralen inhaltlichen Aussagen des Empfehlungspapiers sind:

1. Notwendigkeit eines Personalausfallkonzepts
  - Jede Kindertageseinrichtung soll ein eigenes Konzept zum Umgang mit Personalausfällen entwickeln, das Transparenz für Eltern schafft und gesetzliche Vorgaben einhält.
2. Situationsabhängige Maßnahmen zur Sicherstellung der Betreuung
  - Je nach Personalausfall können verschiedene Maßnahmen ergriffen werden, z. B. Gruppen-Zusammenlegung, reduzierte Betreuungszeiten oder im Extremfall Kita-Schließungen.
3. Frühzeitige und klare Kommunikation mit Eltern
  - Eltern werden über das Konzept und im Falle von Einschränkungen frühzeitig informiert

Das erarbeitete Empfehlungspapier ist einstimmig von der AG § 78 befürwortet worden. Nach der Kenntnisnahme durch den Ausschuss wird es als handlungsleitende Empfehlung den Trägern und deren Kindertageseinrichtungen zur Verfügung gestellt.

### Bericht über die Jugendschutzkontrollen an Karneval

Frau Frölich informiert über die Jugendschutzkontrollen an Karneval. In Telgte, Ennigerloh, Everswinkel, Sendenhorst, Warendorf und Liesborn wurden auch 2025 deutlich weniger junge Menschen in den Jugendschutzstellen betreut und über das Jugendschutzgesetz belehrt. Insgesamt fielen drei junge Menschen durch einen Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz auf, während in der Zeit vor der Corona-Pandemie in der Regel etwa 15 – 18 junge Menschen festgestellt wurden.

Ziel der Jugendschutzkontrollen sei es, bei Verstößen gegen das Jugendschutzgesetz mit den jungen Menschen und ihren Eltern ins Gespräch zu kommen, aufzuklären und ggf. weiterführende Beratungsbedarfe festzustellen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden, Polizei, Rettungsdiensten und Jugendamt ist als eingespielt und sehr gut zu bezeichnen. Besonderer Dank gehe an die Ehrenamtler der Rettungsdienste.

### Umsetzung Netzwerke Kinderschutz – Landeskinderschutzgesetz NRW

Frau Frölich teilt den aktuellen Sachstand zur Umsetzung der Netzwerke Kinderschutz mit. Im Landeskinderschutzgesetz sind für die Fachkräfte in der Netzwerkar-

beit anonymisierte Fallkonferenzen vorgesehen. Die Fallkonferenzen dienen dazu, die Rahmenbedingungen, strukturellen Vernetzungen, Absprachen sowie Kommunikationswege in der Netzwerkarbeit zu verbessern. Dazu werde ein fiktiver Fall von dem ASD eingebracht, der gemeinsam aus unterschiedlichen Perspektiven analysiert und ausgewertet wird. Mit den anonymisierten Fallkonferenzen wurde auf kommunaler Ebene begonnen. Die Fallkonferenzen sollen in diesem Jahr in jeder Kommune einmal stattfinden.

- Sassenberg 27.01.25; Beelen 24.02.25; Drensteinfurt 02.04.25; Ennigerloh 28.05.25; Sendenhorst 22.05.25; Telgte 11.06.25; Everswinkel, Ostbevern, Wadersloh und Warendorf werden voraussichtlich im 3. und 4. Quartal stattfinden.

Das weitere Vorgehen sowie die Zusammensetzung der Teilnehmenden werde bei den ersten Fallkonferenzen in den jeweiligen Kommunen besprochen und geplant.

Das jährliche Präventionsforum Kinderschutz als Qualifizierungsangebot sowie Austausch und Vernetzungsmöglichkeit für das Netzwerk Kinderschutz findet am 08.09.2025 statt. Als Qualifizierungsangebot und Vernetzungsmöglichkeit für die Kinderärztinnen und Kinderärzte im Kreis Warendorf findet am 19.03.2025 der jährliche Fachaustausch in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt statt.

Auf kommunaler Ebene werden fachliche Impulse zum Thema Kinderschutz mit den spezialisierten Fachberatungsstellen (FachstelleSchutz) in den Netzwerken Frühe Hilfen und Schutz eingebracht (04.06.2025 in Sassenberg; 12.11.2025 in Sendenhorst).

Am 03.07.2025 findet der jährliche Arbeitskreis des Pools der insoweit erfahrenen Fachkräfte im Kreis Warendorf statt.

Die Vereine und Verbände im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Jugend und Bildung werden bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten durch die etablierten Formate der Schreibwerkstätten, Sensibilisierungsveranstaltungen sowie Austauschveranstaltungen weiterhin unterstützt. Zusätzlich werden Präventionsschulungen geplant, die in diesem Jahr erstmals durchgeführt werden.

### Ankündigung Termin Workshop

Frau Frölich informiert über die Ankündigung eines Termins. Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien werde nach den kommenden Kommunalwahlen wieder neu zusammengesetzt. Damit die Neumitglieder unmittelbar vor der ersten Sitzung des neuen Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien einen guten Überblick über die verschiedenen Themen wie z. B. Organisation eines Jugendamtes, Rolle des Ausschusses, Aufgaben des Ausschusses etc. informiert sind, biete Herr Thomas Fink (Fachberatung Jugendhilfeplanung und Organisationsberatung beim Landesjugendamt) einen Workshop für die Mitglieder des Ausschusses an.

Der Workshop mit dem Titel „Das Jugendamt und die Zweigliedrigkeit – Rollen und Aufgaben für eine gedeihliche Zusammenarbeit“ soll für die neuen Mitglieder am **Freitag, den 16.01.2026 ab ca. 15 Uhr** stattfinden und umfasse ca. 3,5 Std. Der Termin sei noch vor der ersten Sitzung des neuen Ausschusses.

**3. Vorstellung der Patenprogramme des Sozialdienst katholischer Frauen im Kreis Warendorf e.V.****011/2025**

Frau Pues, Geschäftsführerin des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. (SkF), und Frau Himmel, Ehrenamtskoordinatorin beim SkF, stellen die Familienpatenschaften im Kreis Warendorf mit den Familienpatenprogrammen anhand einer Power-Point-Präsentation vor (s. Anlage 1). Ziel des Programmes sei es, frühzeitig und nachhaltig belastende Lebenslagen von jungen Eltern zu vermeiden oder zu beheben. Neben der Anleitung der Eltern zu einer angemessenen Versorgung und Pflege des Neugeborenen gehe es auch um die Förderung notwendiger Elternkompetenzen. Die Begleitung bei Behördengängen und Arztbesuchen, die Eröffnung von anderen Angeboten für Familien vor Ort sowie das Erkennen bzw. Wahrnehmen eines weitergehenden Unterstützungsbedarfs seien Teil des Hilfeangebotes. Die bisherigen Programme sollen zu einem Gesamtkonzept „Patenzeit – Familienpatenschaften und mit Paten ins Leben starten“ zusammengeführt werden. Dadurch werden eine höhere Flexibilität und eine zeitnähere Vermittlung der Familien erreicht.

Frau Grap führt an, dass sich insgesamt das ehrenamtliche Engagement in der Gesellschaft verändert hat. In der Präsentation sind 42 interessierte Familien aufgeführt. Sie erkundigt sich, ob dafür ausreichend ehrenamtliche Paten zur Verfügung stehen. Frau Himmel erklärt, dass nicht genügend Ehrenamtliche für alle interessierten Familien zur Verfügung stehen und man ständig auf der Suche nach neuen Paten ist.

Frau Aydemir stellt fest, dass es ein tolles Programm ist von dem beide Seiten profitieren und fragt wie viele Familien und Paten in dem Programm jeweils einen Migrationshintergrund haben.

Frau Himmel antwortet, dass ihr dazu keine genauen Zahlen vorliegen. Den Anteil der Familien mit Migrationshintergrund schätze sie auf ein Viertel. Ehrenamtliche mit Migrationshintergrund seien ebenso im Rahmen des Programms tätig.

Frau Frölich ergänzt, dass im Kommunalen Integrationszentrum gezielt Familien mit Migrationshintergrund angesprochen werden und auch dort Werbung für dieses Programm gemacht wird.

Frau Pinnekamp bemerkt, dass es ein tolles Programm ist. Jedoch sei die Akquise von Ehrenamtlichen schwierig, sodass teilweise nur eine geringe Anzahl an Ehrenamtlichen für eine Schulung zur Verfügung stehen. Sie erkundigt sich daher, wie die Basisschulungen für die Ehrenamtlichen gestaltet werden.

Frau Himmel erklärt, dass dies zeitlich manchmal schwierig ist. Es werden feste, aber auch flexible und Einzeltermine angeboten. Zudem gebe es die Möglichkeit von Onlineschulungen.

Frau Pinnekamp fragt, ob es für die Schulung ein festes Curriculum gibt.

Frau Himmel führt aus, dass dies jeweils von den Qualifikationen (insbesondere berufliche Qualifikationen) der Paten abhängig ist. So sei die Schulung beispielsweise für Paten mit pädagogischem Hintergrund anders aufgebaut.

Frau Nienkemper hat die Frage, wie sich in der Präsentation die Anzahl und das Alter der Kinder jeweils erklären.

Frau Himmel antwortet, dass die Patenschaften bereits drei Monate vor der Geburt beginnen können.

Herr Ostermann erkundigt sich, ob es aufgrund der bisherigen beiden Patenprogramme auch getrennte Patenpools und Austauschformate bzw. Foren für die Paten gebe.

Frau Himmel erläutert, dass aktuell eine Überführung in das andere Programm mit dem selben Paten erfolgt. Durch die geplante Zusammenlegung der Programme werde sich dieses einfacher gestalten. Aktuell gebe es auch Austauschtreffen für die Paten. Dabei werde oftmals auch ein fachliches Thema behandelt.

Herr Luster-Haggeney beschreibt das Programm als gutes und niederschwelliges Angebot und lobt die Zusammenlegung der Programme, da diese zusammengehören. Herr Luster-Haggeney fragt zudem, wie viele Männer als Paten aktiv sind.

Frau Himmel gibt die Auskunft, dass ungefähr fünf Paten männlich sind. Man könne aber mehr Männer gebrauchen.

**4. Kindergartenbedarfsplanung 2025/2026****012/2025**

Im Rahmen der Jugendhilfeplanung muss bis zum 15.03. eines Jahres dem Land gemeldet werden, welche der in der Anlage zu § 33 Abs. 1 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) genannten Gruppenformen mit welchen Betreuungszeiten in den Einrichtungen im nächsten Kindergartenjahr angeboten werden sollen.

Herr Peters erklärt das Verfahren zur Kindergartenbedarfsplanung 2025/2026 und stellt die aktuellen Zahlen anhand einer Power-Point-Präsentation (s. Anlage 2) vor. Herr Wiesmann erläutert die finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt 2025. Der Planungsstand in den zehn Städten und Gemeinden kann der Präsentation entnommen werden.

Frau Frölich macht zudem auf das Werbematerial zur Kindertagespflege aufmerksam. Dieses Angebot soll weiter forciert und gefördert werden.

Frau Brockmann bedankt sich für den Vortrag und lobt die gute Arbeit, dass allen Kindern ein Platzangebot gemacht werden kann. Der Rückgang der Kinderzahlen erfolge in Wellen. Die Idee kleinerer Gruppen sei ein guter Ansatz.

Frau Pinnekamp dankt für die Darstellung und betont, dass die Akquise für Kindertagespflegepersonen wichtig ist, aber zugleich auch schwierig. Frau Pinnekamp fragt, wie die Akquise und Qualifikation von Kindertagespflegepersonen erfolgt.

Frau Frölich erläutert, dass die Jugendämter im Kreis Warendorf gemeinsam mit dem Mütterzentrum als Träger die Schulungen für Kindertagespflegepersonen durchführen. Auch bei einer geringen Anzahl von Bewerbern werden die Schulungen durchgeführt. Insgesamt sei es aufgrund von gesamtgesellschaftlichen Veränderungen schwieriger geworden Kindertagespflegepersonen zu gewinnen.

Herr Ostermann bedankt sich für die fundierte und detaillierte Darstellung. Er fragt, ob aufgrund der sinkenden Kinderzahlen eine Prognose für einen Zeitraum von fünf Jahren möglich ist. Zudem erkundigt sich Herr Ostermann, ob die Kommunen aufgrund der Rückbaukonzepte unzufrieden sind und bereits Kritik durch die Kommunen geübt worden ist.

Herr Peters erklärt, dass in der Verwaltung bisher keine Kritik von den Kommunen angekommen ist. In Telgte gebe es beispielsweise einen Leerstand. Aufgrund von Baugebieten werden dort aber steigende Bedarfe prognostiziert.

Herr Wiesmann ergänzt, dass es aufgrund der Planungsgarantie auch zu keinen finanziellen Nachteilen bei den Trägern kommt. Entsprechende Maßnahmen und Entwicklungen werden begleitet.

Frau Frölich betont, dass die Verwaltung noch von keiner Kommune Kritik erhalten habe. Im Gegenteil sei vor allem positiv betont worden, dass der Kreis sehr flexibel agiere zum Beispiel mit den „Feuerwehrmodulen“. Auch hierbei sei man bei dem Rückbau flexibel. So werden die Module in Ennigerloh nicht mehr für die Kindertagesbetreuung jedoch möglicherweise für andere Zwecke benötigt. Ein eventueller Abkauf der Module werde aktuell geklärt. Auch die platzgenaue und nicht überplan-

mäßige Planung wirke sich nun aufgrund der rückläufigen Zahlen positiv aus.

Herr Schmedding fragt, wie die Perspektivplanung mit einem Trend für die nächsten fünf Jahre aussehen würde und wie die Perspektive von den Trägern ist.

Frau Frölich führt aus, dass sie bei der Eröffnung der Jakobus Kindertagesstätte in Warendorf war und dort betont worden ist, dass die katholische Kirchengemeinde weiterhin und auch zukünftig ein verlässlicher Partner als Träger von Kindertageseinrichtungen ist. Die Finanzierung für Kindertageseinrichtungen habe sich etwas verbessert. Jedoch stehe eine grundlegende Änderung noch aus. Eine Fünf-Jahresplanung werde weiterentwickelt. Frau Frölich gibt aber zu bedenken, dass die Aussagekraft einer prognostischen Planung von fünf Jahren nur bedingt möglich ist, da noch nicht bestehende Partnerschaften, Ehen und Kinder berücksichtigt werden sollen. Fertilitätsraten werde man nicht nutzen. Die bisherigen Planungen basieren auf einer validen Grundlage.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschließt

- die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2025/2026 festgelegten Gruppenformen und die sich daraus ergebenden Kindpauschalen gemäß § 33 KiBiz (Einrichtungsbudget) für die Tageseinrichtungen sowie die Anzahl der erforderlichen Integrationsplätze sowie
- die im Rahmen der Kindergartenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2025/2026 festgelegten Kindertagespflegepauschalen gem. § 24 KiBiz und die Anzahl der Kindertagespflegepersonen

im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Jugend und Bildung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 12 (6x CDU, 2x SPD, 2x B90/Grüne, 1x FDP, 1x FWG)  
Befangen 1 (1x CDU)

<b>5.</b>	<b>Anerkennung von Kindertageseinrichtungen als plusKitas (§ 44 KiBiz)</b>	<b>013/2025</b>
-----------	--	-----------------

Herr Wiesmann stellt die Verfahrensweise für die Anerkennung von Kindertageseinrichtungen als plusKitas (§ 44 KiBiz) ab dem Kindergartenjahr 2025/2026 vor.

Frau Nienkemper erkundigt sich, ob Kenntnis darüber bestehe, dass die bisherigen plusKITAs auch weitermachen möchten und ein erneutes aufwendiges Antragsverfahren erforderlich ist.

Herr Wiesmann erklärt, dass man von den Trägern im Rahmen der Trägergespräche positive Signale für die Weiterführung erhalten habe. Das Antragsverfahren wird schlank gehalten und daher keine Hürde darstellen.

Frau Grap verliert den Beschlussvorschlag, da seitens der Mitglieder keine weiteren Fragen bestehen.

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Antragsverfahren zur Vergabe von plusKITA-Kontingenten (§ 45 KiBiz) durchzuführen. Maßgabe dabei ist es, die im Förderzeitraum 2020/2021 bis 2024/2025 geförderten plusKITAs für ein weiteres Kindergartenjahr bis zum Inkrafttreten eines novellierten KiBiz weiterhin zu fördern.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 13 (7x CDU, 2x SPD, 2x B90/Grüne, 1x FDP, 1x FWG)

<b>6.</b>	<b>Evaluation der Änderung der Kriterien zur Vergabe der Landesmittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz</b>	<b>014/2025</b>
-----------	---	-----------------

Herr Wiesmann stellt die Evaluation der Änderung der Kriterien zur Vergabe der Landesmittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten anhand der beigefügten Power-Point-Präsentation (s. Anlage 3) vor.

Das zusätzliche Angebot werde in den Einrichtungen genutzt und führe zu keiner Reduzierung der 45 Stunden-Plätze. Auch weitere Einrichtungen haben Interesse signalisiert, die Förderung im Rahmen des neuen Förderkriteriums zum Kindergartenjahr 2025/2026 zu beantragen.

**7. Jahresbericht 2024 des Amtes für Jugend und Bildung****006/2025**

Frau Frölich erläutert, dass der Jahresbericht erstmalig für das gesamte Amt für Jugend und Bildung erstellt worden ist und verweist auf den Veranstaltungsteil.

Frau Frölich stellt Auszüge aus dem Jahresbericht des Amtes für Jugend und Bildung des Jahres 2024 vor. Im vergangenen Jahr gab es erstmalig den Revolution Train. Hierfür bedankt sich Frau Frölich noch einmal für das ehrenamtliche Engagement der Ortsvereine und die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Ennigerloh.

Zudem verweist Frau Frölich auf den Bericht zum Adoptions- und Pflegekinderdienst mit den Fallzahlen zu den Adoptionen. Bei den Kindeswohlgefährdungen lag das höchste Niveau im Jahr 2023. Im Jahr 2024 ist die Anzahl leicht zurückgegangen, jedoch habe sich die Substanz der Meldungen verändert und die Meldungen durch Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft sind weiterhin hoch. Die Anzahl der Inobhutnahmen habe sich weiter reduziert.

Bei der Entwicklung zum Bundeselterngeld zeige sich, dass der Anteil der Väter im Elterngeldbezug im Kreis Warendorf deutlich über dem Landesdurchschnitt liege.

Zum Kommunalen Integrationszentrum verweist Frau Frölich auf die Integreat-App und den entsprechenden Fernsehbeitrag des WDR.

Im Museum Abtei Liesborn ist die Anzahl der Besucher noch einmal deutlich gegenüber den Vorjahren gestiegen.

Bei den Entwicklungen der Kosten der Jugendhilfe sei vor allem die Steigerung bei den Heimunterbringungen festzustellen. Dies sei u. a. mit den Auswirkungen von Tarifsteigerungen aber auch mit einer gestiegenen Anzahl an Unterbringungen zu begründen. Jede stationäre Unterbringung werde im Vorfeld gesondert geprüft.

<b>8.</b>	<b>Sachstandsbericht Inanspruchnahme und Nutzungsverhalten Kinder- und Jugendförderplan</b>
-----------	---

<b>015/2025</b>
-----------------

Herr Bögge berichtet zum aktuellen Sachstand der Inanspruchnahme und des Nutzungsverhaltens des Kinder- und Jugendförderplans. Eine Fortschreibung des Kinder- und Jugendförderplans erfolge zu jeder Legislaturperiode. Vor der Fortschreibung erfolge eine Auswertung sowie eine Beteiligung der Verbände, Vereine, Kindern und Jugendlichen. Eine eigene Planungsgruppe mit den Städten und Gemeinden sei in Planung.

**9. Sachstandsbericht Qualitätsentwicklung Suchtprävention****016/2025**

Herr Bögge berichtet zur Qualitätsentwicklung Suchtprävention. Aus dem Projekt des Revolution Trains habe man viel gelernt. Die Wirksamkeitsstudie der Universität Münster zum Revolution Train habe ergeben, dass insgesamt ein sehr großes Interesse am Revolution Train besteht und die Kinder und Jugendlichen dadurch sehr gut erreicht werden konnten. Es wurde die Verbindung von Jugendarbeit und Suchtprävention bestätigt. Die Studie gibt zudem unterschiedliche Hinweise für die Erweiterung des Rahmenprogramms. Es finden bereits Gespräche mit den Schulen statt.

Herr Dr. Seidel merkt an, dass er sehr beeindruckt vom dem Projekt des Revolution Trains ist und dort bereits erste Weichen zur Suchtprävention gestellt werden. Auch die Einbindung der Suchtberatungsstellen und entsprechender Experten sei wichtig.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Frau Grap um 17:14 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugendliche und Familien.

gez.

Valeska Grap  
Vorsitzende

  
Dr. Anna Arizzi Rusche  
Schriftführerin